

Kampf um Bochumer Opelwerk geht weiter

Politik appelliert an Konzern: Schließung unbedingt vermeiden!

Die von General Motors ins Gespräch gebrachte Schließung eines europäischen Automobilwerks hat die Menschen in Bochum und Umgebung schwer getroffen. Um die Angelegenheit im Landesparlament zur Sprache zu bringen, hatte die SPD-Fraktion für den 11. November eine aktuelle Stunde beantragt. Ihr Thema: „Keine betriebsbedingten Kündigungen – Die Produktion am Opel-Standort Bochum muss erhalten bleiben.“



Carina Gödecke (SPD) erklärte: „Wir fordern und unterstützen Verhandlungen, die die Sicherheit des Standorts und Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten zum Ziel haben.“ Dabei sei die breite politische Solidarität eine wichtige Hilfe – für Lösungen und nicht zuletzt für 9.600 Familien in Bochum, die um die Zukunft der Arbeitsplätze bangen. Solche perspektivlosen Entscheidungen wie die Schließung eines ganzen Werks fielen von einem Management in den USA, dem es nur um Kostenminimierung, nicht um Sanierung gehe. Managementfehler der Vergangenheit sollten einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Über Anzeichen, dass die harte Linie verlassen werde, sei sie froh, schloss sie: „Daran können wir weiterarbeiten. Wir als Politik können helfen. Wenn es darum geht, um die Standort- und Beschäftigungssicherung zu kämpfen, dann sind wir an der Seite der Belegschaft.“

Lothar Hegemann (CDU) erklärte, es tue weh, „wenn solche Ankündigungen gemacht werden“. Seine Betroffenheit sei bei den vielen Familien in Bochum und um Bochum. Bochum habe Ausstrahlung ins gesamte Ruhrgebiet, meinte er und fand, nicht nur Opel kranke, „sondern das ganze Ruhrgebiet“. Der Standort Bochum sei nicht erst seit kurzem im Gerede, sondern seit vielen Jahren. „Die Politik kann wenig machen, aber das, was sie machen kann ist nicht gemacht worden“, stellte Hegemann unter Hinweis auf die zu-

gesagte und bisher noch nicht gebaute Opelspange fest. Der Landesregierung schrieb er ins Stammbuch: „Hinfahren, betroffen sein, nach Hause fahren und eine neue Sau durchs Dorf treiben reicht nicht aus – tun Sie, was Sie tun können, damit Massenentlassungen nicht stattfinden.“

Dr. Ute Dreckmann (FDP) führte die Krise von Opel hauptsächlich auf Managementfehler zurück. Im Moment gehe es darum, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten, „für die Zukunft aber brauchen wir dringend eine andere Wirtschafts- und Verkehrspolitik“. Seit Jahren werde das Autofahren von Rot-Grün systematisch verteuert. In keinem Land gebe es so schlechte Straße und so viele Staus wie in NRW. Die Realisierung der Opelspange, der Verbindung der A 40 im Westen der Stadt bis zur A 44 und A 43 im Osten, lasse auf sich warten. Hauptblockierer seien die Grünen. Die Lohnnebenkosten seien in Deutschland zu hoch, die gleich gut qualifizierten Arbeitnehmer in Polen seien genauso motiviert, aber viel preiswerter.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragte den Redner der CDU nach seiner Standortpolitik für NRW: „Was Sie hier machen,

ist ein Tritt in den Hintern für den Standort NRW und gegen die Beschäftigten“, kritisierte er und verdeutliche den Standpunkt seiner

Fraktion: „Jetzt ist ein eindeutiges Signal der Konzernleitung in Richtung Standort und Beschäftigungssicherung notwendig.“ Die Grünen unterstützten die Bestrebungen zum Abschluss eines Standortsicherungs- und Zukunftsvertrages für die einzelnen Standorte. Dazu seien die Beschäftigten mit ihren Zugeständnissen bereits in Vorleistung getreten. Sagel weiter: „Ich gehe davon aus, dass die Opelkrise kein Zeichen für die Schwäche des Industriestandorts NRW ist. Vielmehr hat die Konzernspitze hier eine falsche Standortpolitik, beziehungsweise eine falsche inhaltliche Politik gemacht.“

Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) fand: „Es ist nicht vorstellbar, dass es Opel in Bochum nicht gibt.“ Opel sei im Ruhrgebiet mehr als eine Marke, „Opel gehört einfach dazu“. Die Landesregierung stehe nicht nur mit den Betriebsräten, sondern auch mit dem Opel-Management „in täglichem und direktem Kontakt“, betonte der Minister.

Weiter teilte er mit, dass die Landesregierung Druck darauf ausübe, dass die Entscheidungen im laufenden Planfeststellungsverfahren zeitlich wie vorgesehen fallen; die Gesamtinvestitionssumme für die Opelspange bezifferte er auf 140 Millionen Euro. Schartau zum Schluss: „Das Land ist zu dem, was wir machen können, bereit. Dazu zählt sicherlich nicht, dem Unternehmen General Motors in irgendeiner Form mit Geld imponieren zu wollen. Das hieße wirklich, die falschen Mittel anzuwenden.“



Carina Gödecke (SPD)

Lothar Hegemann (CDU)

Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Harald Schartau (SPD)